

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:	V/0428/2015
Auskunft erteilt:	Herr Muddemann
Ruf:	492 67 79
E-Mail:	Muddemann@stadt-muenster.de
Datum:	18.05.2015

Betrifft

Antrag A-R/0024/2015 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Herrn Ratsherrn Powroznik:
„Kein Fracking auf Kosten der Kommunen, des Naturschutzes und der Energiewende
Teilnahme an der Aktion „Frackingfreie Kommune“

Beratungsfolge

09.06.2015	Ausschuss für Umweltschutz, Klimaschutz und Bauwesen	Vorberatung
17.06.2015	Haupt- und Finanzausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster erklärt sich zur „Frackingfreien Kommune“ und spricht sich gegen Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.
2. Der Antrag **A-R/0024/2015** wird damit aufgegriffen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine finanziellen Auswirkungen.

Begründung:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und Herr Ratsherr Powroznik haben beantragt: „Die Stadt Münster erklärt sich zur „Frackingfreien Kommune“ und spricht sich gegen Fracking und für eine konsequente Umsetzung der Energiewende aus.“ Der Rat hat den Antrag **A-R/0024/2015** zur Entscheidung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Die Verwaltung schlägt vor, dem Antrag zuzustimmen. Aus folgenden Gründen:

Die Stadt Münster wird durch die Erklärung zur „Frackingfreien Kommune“ Teil eines Zusammenschlusses von Gemeinden, Städten und Landkreisen, die ihrem Protest gegen den Einsatz der Fracking-Technologie in Deutschland gemeinsam Ausdruck verleihen: so der Begründungstext aus dem o.g. Antrag. Die Aktion „Frackingfreie Kommune“ wurde ursprünglich vom Naturschutzbund (Nabu), dem Deutschen Naturschutzring (DNR), dem BUND und der Initiative „Power Shift“ initiiert, um gemeinsam ein Zeichen gegen Fracking zu setzen.

Die Stadt Münster hat sich bereits mit der gemeinsamen Resolution des Regionalrates Münster sowie der Resolution des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags in 2012 gegen Fracking ausgesprochen und damit grundsätzlich Stellung bezogen. Auch in den Stellungnahmen zu den zwischenzeitlich gestellten Anträgen zur Verlängerung der Aufsuchungserlaubnisse der Exxon Mobil und der RWTH Aachen in 2014 wurde diese Position deutlich. Die Verlängerung der Anträge wurde abgelehnt, solange die Voraussetzungen für eine umwelt- und ressourcenschonende Gewinnungs- und Fördertechnik nicht gewährleistet sind.

Anfang April 2015 hat die Bundesregierung den Entwurf für ein Fracking-Gesetz beschlossen. Der Entwurf macht die umstrittene Technologie grundsätzlich möglich. Zwar soll diese nur unter strengen Auflagen und zu Probezwecken durchgeführt werden - eine umfassende Regelung der umweltrechtlichen Problematik im Zusammenhang mit dem möglichen Einsatz der Fracking-Technologie bleibt jedoch dringend geboten. An der grundsätzlichen Sichtweise der Stadt Münster hat sich dadurch nichts geändert.

Daher ist es nur logisch und konsequent, wenn sich die Stadt Münster der obengenannten Initiative anschließt und sich zur „Frackingfreien Gemeinde“ erklärt. Hiermit kann auch ein Zeichen gesetzt werden, dass die Ressourcen „Boden, Grundwasser und Trinkwasser“ im Stadtgebiet Münster und darüber hinaus geschützt werden sollen.

I.V.
gez.
Thomas Paal

Stadtrat

Anlagen:
Antrag A-R/0024/2015